

KOMMENTAR

# Alles ganz normal

Von Nikolaus Blome

**D**as Brisante ist das Beiläufige. Von der ersten Koalitionskrise bleiben nicht Ministerrücktritt oder Regierungskrach haften, sondern die Behauptung, eigentlich sei alles doch „ganz normal“ gelaufen.

Der damalige Innenminister Hans-Peter Friedrich empfand es als normal, sehr, sehr früh den möglichen Koalitionspartner von der SPD über Ermittlungen gegen einen der ihren in Kenntnis zu setzen. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hielt es für normal, die vertraulichen Informationen binnen Stunden weiterzutragen, anstatt zu warten, ob der Fall, für den sie gedacht waren, überhaupt eintreten würde: die Beförderung des SPD-Politikers Sebastian Edathy auf einen Regierungsposten. Und der heutige SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann hält es weiterhin für normal, dass er das Ganze auf kurzem Dienstweg noch einmal mit dem BKA-Chef durchsprechen wollte.

Dass die eklatanten Grenzüberschreitungen dieser drei bislang so unterschiedlich sanktioniert wurden, müssen die Koalitionspartner unter sich ausmachen, und sie werden daran zu kauen haben. Aber die Chuzpe, mit der die Beteiligten jedweden Vorwurf von Fehlverhalten zurückweisen – die geht alle Bürger an: Die Große Koalition definiert gerade ihre eigene Wirklichkeit, in der sie künftig handeln will, und die Wertordnung, die dabei gelten soll. Klar wird: Es ist nicht die, die es sein sollte.

Die Große Koalition behandelt den Fall ausschließlich im eigenen Referenzraum, dem von Parteipolitikern. Dort war der Tipp Hans-Peter Friedrichs nicht der fatale Eingriff eines Ministers in laufende Ermittlungen, sondern der respektable Versuch, Schaden vom künftigen Partner abzuwenden. Koalitionsrason ging vor Staatsrason. Schlimmer noch: Friedrich setzte das eine mit dem anderen gleich.

Sigmar Gabriel wiederum darf auf Verständnis unter seinesgleichen zählen, weil er als Vorsitzender seiner SPD eine unangenehme Situation er-

sparen wollte. Parteifürsorge ging vor Rechtspflege. Und der Anruf Thomas Oppermanns war nicht die Vermengung von Politik und Strafverfolgung inklusive grotesker Erklärungsversuche im Nachgang – sondern das verständliche Anliegen, sich für Koalitionsgespräche Sicherheit zu verschaffen. Auch er wollte nur Schaden abwenden, heißt es, und zwar vom deutschen Volke, das Anspruch auf eine ruhige Regierungsbildung habe.

Verblasener geht es nicht. Dafür werden Politiker nicht gewählt und darauf Minister nicht vereidigt.

Beim Staatsrechtler Carl Schmitt heißt es, der eigentliche Souverän im Staat sei, wer den Ausnahmezustand definieren und ausrufen könne. Die Große Koalition baut ihre Macht auf der Kraft, Dinge normal nennen zu können, die gegen jene Normen verstoßen, die ihr gerade nicht ins Geschäft passen. Sie muss dabei eine kraftvolle Opposition nicht fürchten, denn die gibt es nicht. Auch die Medien tun sich schwer; entspre-

chend glatt und geräuschlos hat die Große Koalition vergangene Woche eine üppige Diätenerhöhung ohne die dazugehörige Pensionssenkung durchgebracht. Alles ganz normal?

Es bedurfte eines Betriebsunfalls in dieser sehr eigenen schwarz-roten Welt, um die Verbindung zur eigentlichen wenigstens kurz wiederherzustellen: Erst als Oppermann den Ex-Innenminister trotz aller Absprachen mit seiner Presseerklärung bloßstellte, gerieten die Dinge außer Kontrolle. Hans-Peter Friedrichs Fehler trat also nicht dank der „checks and balances“ einer lebendigen Demokratie zutage, sondern wegen einer Ungeschicklichkeit unter, ja, Freunden.

Auch die oft gescholtene schwarz-gelbe Koalition begann 2009 ihre Amtszeit mit einem Ministerrücktritt. Aber sie hat dabei den Bürgern wenigstens keine Nase gedreht. Die Große Koalition dagegen befeuert alle Vorurteile, die es gegen „die da in Berlin“ so gibt. Das nennt man Fehlstart.

**Diese Große Koalition baut sich ihre ganz eigene Welt mit eigenen Werten. Es sind nicht die richtigen.**

Referat des Deutschen Bundestags verschickt wurde. Eine ihrer Mitarbeiterinnen, so Groneberg, habe es im verwaisten Büro vorgefunden, versehen mit einer Anweisung Edathys, das Fax abzusenden. „Seit wann genau das Fax mit der Anweisung in dem Büro lag, kann weder ich noch meine Mitarbeiterin feststellen“, sagt Groneberg. In den Tagen zuvor hätten weder sie noch ihre Mitarbeiterin das Büro betreten.

Das Schreiben ist auf den 11. Februar datiert und trägt die handschriftliche Signatur Edathys. In dem Sechzeiler teilt er mit, dass ihm am 31. Januar sein Bundestags-Laptop gestohlen worden sei – „während einer Bahnfahrt im Intercity auf der Strecke Hannover–Amsterdam“. Eine „sofortige Suche“ sei leider erfolglos geblieben. Wegen des Verlusts möge bitte „alles Notwendige“ veranlasst werden.

Den Ermittlern erscheint es seltsam, dass sich ein erfahrener Innenexperte mit intimen Kenntnissen der Neonazi-Mordserie des NSU so viel Zeit lässt, bevor er den Diebstahl eines womöglich mit brennenden Akten gefüllten Dienstrechners anzeigt. Sie hegen den Verdacht, dass die Klau-Geschichte erfunden ist – und Edathy in Wahrheit nur eine Legende schaffen wollte, um das Fehlen eines längst beiseitegeschafften Beweisstücks erklären zu können. Die Daten der Bundestags-server allein werden jedenfalls kaum Aufschluss darüber geben, ob mit Edathys Laptop tatsächlich strafbare Kinderpornos heruntergeladen wurden – sie werden nur wenige Monate gespeichert.

Zudem halten es die Ermittler für verdächtig, dass das Fax auf den 11. Februar datiert ist. Nur einen Tag zuvor hatten sie vier Wohn- und Büroadressen Edathys durchsucht. Wollte Edathy, durch die Razzien gewarnt, auf Nummer sicher gehen und noch schnell den beim Bundestag registrierten Laptop als gestohlen melden, weil dessen Fehlen verdächtig gewesen wäre? War er dazu noch einmal in seinem Abgeordnetenbüro, wie es die Unterschrift auf dem Fax nahelegt?

Im Gespräch mit dem SPIEGEL widerspricht Edathy: Zuletzt sei er am Abend des 6. Februar in seinem Bundestagsbüro gewesen. Zu dem angeblichen Diebstahl und dem Fax wollten weder Edathy noch sein Anwalt Stellung nehmen.

Genau an diesem 6. Februar hatte die Staatsanwaltschaft Hannover auch jenes Schreiben an Bundestagspräsident Norbert Lammert aufgesetzt, das diesen über die beabsichtigten Ermittlungen gegen Edathy informieren sollte. Das wichtige Dokument schickten die Ankläger jedoch nicht per Kurier nach Berlin, sondern gaben es offenbar beim privaten Postanbieter Citipost auf. Die niedersächsische Firma (Eigenwerbung: „Sie sparen bei jedem Brief!“) operiert jedoch hauptsächlich regional; die Zustellung in Berlin übernahm

men wohl die Kollegen der ebenfalls privaten Pin AG. Am Ende dauerte es volle sechs Tage, bis der Brief am 12. Februar im Bundestag eintraf, das Kuvert war noch nicht einmal richtig verschlossen.

„Die Behauptung, ich hätte Kenntnis gehabt von dem Schreiben der Staatsanwaltschaft zur Aufhebung meiner Immunität und wäre deshalb schnell zum Notar gelaufen, ist evidenter Unfug“, sagt Edathy. Der Termin beim Notar sei schon anberaumt gewesen, bevor die Staatsanwaltschaft den Brief verschickte. Die Mandatsverzicht-Erklärung, so Edathy, sei „dann von einem Mitarbeiter meines Büros am 7. Februar im Büro des Bundestagspräsidenten abgegeben worden“. Die „zeitliche Nähe zum Brief der Staatsanwaltschaft“, behauptet Edathy, „ist reiner Zufall“.

sollten, ist abgesagt. Das Trio muss jetzt erst einmal dafür sorgen, dass die Koalition nicht auseinanderbricht.

Seehofer berichtet von der „Erschütterung“, die der Rücktritt Friedrichs bei ihm ausgelöst habe. Der Fall Edathy und das Verhalten der SPD ist für ihn wie ein schleichendes Gift, dessen Wirkung sich erst in der Zukunft zeigen wird. Dabei weiß natürlich auch er, dass der damalige CSU-Innenminister Friedrich die Grenzen seines Amtes überschritt, als er Informationen zu den Edathy-Ermittlungen an Unbefugte weitergab. „Es geht nicht, dass wir den Chefankläger spielen“, sagt Fraktionsjustitiar Hans-Peter Uhl (CSU) knapp.

Seehofer ficht das nicht an. Um sein eigenes Parteivolk zu besänftigen, das Friedrich als Helden feiert, muss die CSU weiter

sammentrat, konnte sich Oppermann nicht sicher sein, ob ihn das Gremium stützen würde. Blass saß der Fraktionschef in seinem Sessel, angespannt und nervös. Mit gepresster Stimme rechtfertigte er noch einmal seine Pressemitteilung, die den Rücktritt Friedrichs ausgelöst hatte. Er habe unter zeitlichem Druck gestanden, sagte er, er habe sich erklären müssen.

Erst als Parteichef Gabriel dann Sebastian Edathy ins Zentrum seiner Vorwürfe rückte, bekam auch Oppermann wieder Farbe im Gesicht. „Wir brauchen eine klare Haltung“, formulierte Gabriel, „und die muss nach außen deutlich werden.“ Es dürfe nicht „der geringste Eindruck von Kumpanei“ erkennbar werden. Auch Hannelore Kraft und Manuela Schwesig nahmen Oppermann in Schutz und formulierten ihren Zorn auf Edathy. Zur Sicherheit schickte Gabriel noch

ein Schreiben an die 475 000 Mitglieder der Partei hinterher. Darin nahm er „die Verantwortungsträger der SPD“ in Schutz, die sich „nach bestem Wissen und Gewissen verhalten haben“. Oppermann habe sich „absolut korrekt verhalten“.

Der ist trotzdem angeschlagenen, weit entfernt von der Statur seines legendären Vorgängers Peter Struck – und lud noch dazu allseits zum Spott ein, indem er sich scheinbar unbeirrt als „Stabilitätsanker“ der Koalition bezeichnete. Erfahrenere SPD-Parlamentarier ahnen jetzt, dass Oppermann in Streitfällen mit seinem Unionspendant Kauder in den nächsten Wochen nur wenig wird durchsetzen können.

Für die anstehenden Debatten über das Rentenpaket, die Energiewende und den Mindestlohn verheißt das aus Sicht der Sozialdemokraten nichts Gutes. Auf der einen Seite steht die aufgebrachte Union,

die an zahlreichen Punkten so stark in ihrem Sinne nachbessern will wie irgend möglich. Zum Beispiel mit einer massiven Einschränkung der Möglichkeiten, mit 63 Jahren in Frührente zu gehen. Oder bei der anstehenden Regelung eines gesetzlichen Mindestlohns, den die Union mit zahlreichen Ausnahmen durchlöchern will, jetzt erst recht.

Nur ein Gutes habe die Edathy-Affäre bislang gehabt, sagt am Ende der turbulenten Woche ein hochrangiger CDU-Mann. „Dass sie gleich zum Start der Großen Koalition eingeschlagen hat. Jetzt weiß nämlich jeder, wie sensibel diese Koalition wirklich ist.“

MICHAEL FRÖHLINGSDORF, HORAND KNAUP, VEIT MEDICK, PETER MÜLLER, SVEN RÖBEL



SPD-Politiker Edathy in seinem Bundestagsbüro 2013: „Evidenter Unfug“

Genau daran zweifelt die Staatsanwaltschaft Hannover. Inzwischen hat sie, auch wegen des unverschlossenen Kuverts, ein gesondertes Ermittlungsverfahren gegen „unbekannt“ eingeleitet. Befragt werden sollen dabei auch Bedienstete des Bundestags.

Während die Ermittlungen der Staatsanwälte also in viele Richtungen gehen, ist die Große Koalition seit einigen Tagen nur mit einem einzigen Ziel unterwegs – Schadensbegrenzung.

Am vergangenen Dienstag trafen sich Kanzlerin Merkel, CSU-Chef Horst Seehofer und SPD-Vizekanzler Gabriel zum Abendessen. Der eigentlich geplante Koalitionsausschuss, an dem unter anderem auch die Fraktionschefs teilnehmen

Druck auf die SPD machen. Auch sie soll leiden. „Ich bin die Doppelzüngigkeit auf Seiten der SPD leid. Intern reumütig, nach außen den starken Max machen: Das hat mit Vertrauensbildung nichts zu tun“, sagt die sonst zurückhaltende CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt. „Für uns ist die Geschichte nicht erledigt“, sagt auch ihr Parteifreund, Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt.

Und anders, als es in der Öffentlichkeit bislang erschien, ist die Chefetage der Sozialdemokraten schwer verunsichert: Hektische Telefonate und eine Menge Gereiztheiten – es waren zwei schwarze Wochen für die SPD.

Als am vergangenen Montag im Willy-Brandt-Haus die Parteispitze der SPD zu-